

Radikaler Angriff auf die Krankenhäuser

Gerade gibt es in einer Bertelsmann-Studie einen „marktradikalen Angriff auf die Krankenhäuser“ der die Gesundheitsversorgung auch bei uns beeinträchtigen kann.

In Groß-Gerau führt man z.B. seit Jahren einen großen Kampf, um die Kreisklinik zu erhalten. Ein Schließung wäre vor allem für den Südkreis eine großer Rückschritt.

Ein gezielter Angriff

Eine Bertelsmann-Studie fordert: Von knapp 1400 bestehenden Krankenhäusern sollten „deutlich unter 600“ übrig bleiben. Eine primäre Orientierung an Fahrzeiten ginge in die falsche Richtung. „Wenn ein Schlaganfallpatient die nächstgelegene Klinik nach 30 Minuten erreicht, dort aber keinen entsprechend qualifizierten Arzt und nicht die medizinisch notwendige

Fachabteilung vorfindet, wäre es sicher lieber ein paar Minuten länger zu einer gut ausgestatteten Klinik gefahren worden“, heißt es in der Studie. Das ist ein gezielter Angriff im Interesse der großen „Gesundheits-Konzerne“.

Gesundheit ist keine Ware

Der Vorschlag der marktradikalen Bertelsmann-Stiftung ist ein Anschlag auf die Menschen in den ländlichen Regionen. Er gefährdet die Gesundheit der Menschen und zerstört das demokratische Gemeinwesen.

Wir meinen: Gesundheit ist keine Ware. Ständige Privatisierungen im Gesundheitswesen sind ein Irrweg. Wir brauchen hingegen deutlich mehr Krankenhäuser in öffentlicher Hand. Auch kleinere Krankenhäuser sind wichtig, um die Grundversorgung

Fortsetzung nächste Seite

Tragischer Tod und eigenartige Diskussionen

Die Diskussionen um den tragischen Tod eines 30jährigen Mannes am Walldorfer See sind noch nicht beendet.

Die „Herabstufung“ des vormaligen Naturbades zur Badestelle im April dieses Jahres wird immer wieder in Frage gestellt.

Die SPD zeigte sich nach einem Gespräch im Vereinsheim der IRBW „Überrascht, entsetzt und verärgert“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende gab sich „empört“, weil die IRBW ihre Arbeit vor Ort nicht mehr verrichten kann.

Die SPD wirft den Verantwortlichen im Rathaus vor, dass sie nicht zuerst die Rechtslage abgeklärt und erst danach konkrete Veränderungen vorgenommen haben. (Siehe dazu unseren Kommentar auf Seite 5).

Amtsleiter Baitinger: „Die Vorwürfe der SPD sind falsch und unfair!“ Heinz-Peter Becker (SPD-Bürgermeister a.D.) sieht es ähnlich.

In der Presseerklärung der IRBW heißt es:

Wir hätten uns gewünscht, von Anfang an „mit im Boot“ gewesen zu sein und nicht erst kurz vor der politischen Entscheidung zur Umwidmung des Badesees in eine Badestelle in die Erstellung eines Konzeptes miteingebunden zu sein, und nicht erst durch einen Vertrag über die Bedingungen aufgeklärt zu werden.

Die Fraktion DKP/Linke Liste Mörfelden-Walldorf forderte einen „Runden Tisch“ zur Situation an der „Badestelle“. Die Diskussionen werden also weitergehen.

Es geschah vor 50 Jahren



50 Jahre Mondlandung. Täglich ist momentan der Satz zu hören: „Ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Schritt für die Menschheit“. Da wir jetzt auch „50 Jahre blickpunkt“ feiern wollen, sagen wir spaßhalber: „50 Jahre blickpunkt“ sind ein Fortschritt für Mörfelden und Walldorf! Mehr dazu auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

der Menschen zu gewährleisten. Außerdem ist seit längerer Zeit bekannt, dass kranke Menschen zunehmend persönlicher betreut werden wollen und nicht in einem riesigen Betrieb untergehen möchten.

Die Bertelsmann-Stiftung kann sich offenbar nicht vorstellen, dass es auch in den Landkreisen viele Menschen mit viel Fachwissen gibt, die sich Gedanken über nachhaltige Gesundheitskonzepte machen.

Wer reich ist, ist einflussreich!

Die Bertelsmann-Stiftung hat einen großen Einfluss in der Politik. Milliardäre bestimmen durch ihre Studien mit, worüber in Deutschland diskutiert wird. Mit ihrem Vorschlag zur Abwicklung von mehr als der Hälfte der deutschen Krankenhäuser unterstützen sie eine falsche Entwicklung. Soll es demnächst nur noch riesige profitorientierte Kliniken geben, aber eine Ausdünnung im „flachen Land“? Die Bertelsmann-Stiftung hat eine ungeheuren Machtfülle. Sie ist Mehrheitsbesitzerin eines der größten Medienkonzerne des Landes. Im vergangenen Jahr erwirtschaftete Bertelsmann einen Gewinn von 1,1 Milliarden Euro. Davon fließt ein großer Teil steuergünstig der Stiftung zu, die damit ihre Arbeit finanziert. Von

einer finanziellen Ausstattung dieser Größenordnung und Verlässlichkeit können so gut wie alle anderen gesellschaftlichen Organisationen nur träumen.

Festzuhalten ist: Zu Bertelsmann gehören nicht nur Medienhäuser wie RTL, Penguin und Gruner+Jahr („Stern“), sondern auch Unternehmen, die in den Bereichen Bildung, IT, Logistik, Finanzen und Gesundheit agieren. Die Bertelsmann-Stiftung missbraucht ihre Macht!

Statt Kahlschlag - Gesundheitsversorgung ausbauen

Im Kreis Groß-Gerau und in anderen Teilen unseres Landes müssen wir andere Prioritäten setzen.

Politisches Ziel muss sein, möglichst alle Standorte zu erhalten und zu Zentren der Gesundheitsversorgung auszubauen. Die geforderte weitere Zentralisierung würde die flächendeckende Versorgung gefährden.

Natürlich müssen Qualität und wohnortnahe Versorgung Thema bleiben. Bei vielen Kliniken muss sich auch etwas ändern. Über die Hälfte der Krankenhäuser zu schließen ist aber kein Konzept, sondern ein Kahlschlag, der verhindert werden muss.

Man muss auf allen Ebenen den Auswirkungen des herrschenden Turbokapitalismus entgegenreten.

Antikriegstag: 1. September 2019

Aus der Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Abrüstung!

Das ist die Antwort der Gewerkschaften auf das unermessliche Leid, das Nazi-Deutschland über die Welt gebracht hat, als es am 1. September 1939 Polen überfiel und damit die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auslöste. Achtzig Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskriegs der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von blindwütigem Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann. ...

Die aktuelle Weltlage ist geprägt durch Unsicherheit und Instabilität. Wir werden nicht nur Zeuge, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift, sondern sehen uns mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert. In einer Zeit, in der alle Atomkräfte dabei sind, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und kündigen das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland. Auch die Bundesregierung ist in der Verantwortung, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. Sie muss endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben. Welche Ausmaße das neuerliche Wettrüsten erreicht hat, zeigt sich bei den Militärausgaben. Weltweit belaufen sie sich auf mehr als 1,6 Billionen Euro. Und auch die Bundesregierung kennt kein Halten. Betrug der deutsche Verteidigungsetat 2015 noch 33 Mrd. Euro, so ist er inzwischen auf 43,2 Mrd. Euro gestiegen. Wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehrausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge sein Rüstungsetat in fünf Jahren bei 85 Mrd. Euro. Schluss damit!



Carola Rackete, eine entschlossene und mutige Kapitänin. Mehr als zwei Wochen dümpelte ihre „Sea-Watch 3“ mit 52 Geflüchteten an Bord auf dem Meer. Kein europäisches Land tat sich dabei hervor, ihr zu helfen. Inzwischen ertrinken weiter Flüchtlinge. Wie viele sollen es noch werden? 700-800 Menschen (offizielle Zahlen) sind 2019 bereits im Mittelmeer ertrunken.

50 Jahre blickpunkt

Der „blickpunkt“ gehört zu Mörfelden-Walldorf. Die Leserinnen und Leser bekommen dabei einen Einblick in die Stadtgeschichte. Es ist eine Geschichte von links, die auch für Neubürger interessant ist.

Von Fall zu Fall sagen es auch die politischen Konkurrenten: Der „blickpunkt“ ist die kleine Zeitung mit der großen Wirkung! Oder wie es der ehemalige Bürgermeister Bernhard Brehl ausdrückte: Der „blickpunkt“ ist eine Institution in unserer Stadt.

Auf unserer Webseite sind alle Ausgaben seit 1969 zu lesen.

Wer die einzelnen Ausgaben am Bildschirm durchblättert, der merkt, wie sich die Technik rasant entwickelt hat. Früher am Leuchttisch gebastelt - heute schneller, aktueller und genauer am Computer.

Im Stadtteil Mörfelden wurde die „blickpunkt“-Idee geboren - aber auch in Walldorf wurden bis zum Januar 1990 175 eigene Ausgaben herausgegeben.

Es gab in den Jahren wenige Layoutänderungen - am Inhalt hat sich nichts geändert. Der „blickpunkt“ bleibt die außerparlamentarische Begleitung der DKP/LL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt.

Seit nun 50 Jahren kommt der „blickpunkt“ in fast jedes Haus. Wir drucken regelmäßig acht Seiten und monatlich 15.000 Exemplare. Finanziert wird die Zeitung auch durch unsere Mandatsträger, die ihre Sitzungsgelder dafür zur Verfügung stellen. Wir erhalten aber auch regelmäßig Spenden von interessierten Leserinnen und Lesern. Diese sind notwendig und immer willkommen.



Im November feiern wir „50 Jahre blickpunkt“.

Wer will, kann uns für die nächsten beiden Ausgaben einen Gruß schreiben.

... und wer will, kann auch mitarbeiten an der „kleinen Zeitung mit der großen Wirkung“!

Jeder der sich ein wenig auskennt weiß, bei einem solchen Projekt gibt es oft Probleme bei der Herstellung der Zeitung und auch immer mit der Finanzierung.

Wer uns unterstützen will, kann sich bei uns melden.

Wir freuen uns über neue Kontakte und Gespräche.

**Die erste Ausgabe
Nr. 1 . November 1969**

In diesem Jahr wollen wir aber auch mal ein wenig feiern!

Wir haben einiges vor:

Es wird viele Veranstaltungen geben.

Eine Sonntagsmatinee, ein Grillfest sind im Gespräch.

Wir machen einen Rundgang zu den Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus.

Eine Fotoausstellung und neue blickpunkt-Geschichtsbroschüren werden hinzukommen.

Auch hier gilt: Wir brauchen Mitarbeit und freuen uns auf viele Unterstützer und Besucher.

Nazis morden, der Staat schaut zu

Aus: *Stellungnahme der SDAJ Hessen*

Der Lübcke-Mord reiht sich in faschistische Gewalttaten in Hessen und bundesweit ein. Die NSU-Opferanwältin Basay Yildiz bekommt zwischen Sommer 2018 und Frühling 2019 vier Morddrohungen. Vermutlich haben Polizisten des 1. Frankfurter Polizeireviers ihre Adresse herausgegeben. ...

Der Staat und seine Organe stehen nicht auf unserer Seite im antifaschistischen Kampf.

Das zeigen uns besonders deutlich die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die NSU-Mordserie. Ein anderes Beispiel: Das Bundesverfassungsgericht wollte die NPD nicht verbieten, weil der Verfassungsschutz diese Partei unterwandert und möglicherweise gesteuert habe. ... Bereits jetzt ist die Verflechtung zwischen der AfD und diesem Staatsapparat eng. So sitzen bisher überdurchschnittlich viele Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten für die AfD in Parlamenten. Das alles ist kein Zufall.

Faschisten und rechte Gewalt haben verschiedene Funktionen für diesen Staat: Sie schüchtern Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte ein.

Lobbyverbände der großen Banken und Konzerne fordern einen radikalen Staatsumbau, um ihre Profitraten gegen Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung und internationale Konkurrenz (auch militärisch) zu sichern.

Deswegen brauchen sie Hartz IV, Aufrüstung und Sparmaßnahmen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung und schärfere Polizeigesetze, um sich gegen zu erwartenden Widerstand zu wehren. Weil die etablierten Parteien Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung machen und deswegen die Arbeits- und Lebensbedingungen immer prekärer werden, verlieren sie konstant an Glaubwürdigkeit. Deswegen gehen Teile des Kapitals auf Tuchfühlung mit rechten Gruppierungen, um die Unzufriedenheit statt in antikapitalistische, in für das Kapital ungefährliche Bahnen zu lenken.

Da sind Flüchtlinge und „faule“ Arbeitslose willkommene Sündenböcke, um die wahren Profiteure dieser Situation zu verschleiern.

Denn AfD und Co. sind keine Alternative im Interesse der werktätigen Bevölkerung, sondern im Interesse der Profite der großen Banken und Konzerne. Sie treiben diese Politik auch jetzt schon aktiv voran.

Die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht kam aus Nazi-Kreisen, bevor die CDU sie aufgriff. Die Antwort auf rechte Gewalt ist die Aufstockung dieses rechten Verfassungsschutzes und die hemmungslosere Abschiebung in immer mehr Länder.

Als Antwort auf den Rechtsruck müssen wir in alltäglichen Auseinandersetzungen in Schule, Uni und Betrieb zeigen, dass wir Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen Kolleg*innen gegen die Interessen der großen Banken und Konzerne und ihre Politiker erkämpfen können. Um die bürgerliche Demokratie zu schützen, die für uns bessere Kampfbedingungen für bessere Lebensbedingungen und für den Sozialismus ermöglicht, ist zwangsläufig die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und nach Auflösung des Verfassungsschutzes zu stellen und aktiv zu erkämpfen. ...



„Kein Werben fürs Sterben!“ Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) protestierte auf dem Hessentag gegen den Auftritt der Bundeswehr.

CHE GUEVARA

*Wer die Welt verändern will,
muss sie erkennen.*

*Wer sich befreien will,
braucht Genossinnen und
Genossen.*

*Wer Kraft entfalten will, muss
sich organisieren.*

*Wer ein freies,
menschliches
Leben erringen,
die Zukunft
gewinnen will,
muss kämpfen.*



„Man will uns verarschen Gesetze“

Sie haben es sicher längst bemerkt. Mittlerweile tragen in Deutschland Gesetze Namen, die nach Werbesprüchen klingen.

„Hau-ab-Gesetz“

Da gibt es z.B. das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Mancher Name führt in die Irre – so wie beim „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Was so harmlos klingt, ist nämlich gar nicht harmlos. Vielmehr sieht Seehofers Plan vor, Flüchtlinge, die bei der Beschaffung von Papieren nicht kooperieren, schneller in Abschiebehafte zu stecken. Dort sollen sie sogar gemeinsam mit Kriminellen untergebracht werden, wenn auch in unterschiedlichen Trakten. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl sprach deshalb mit Blick auf das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ von einem „Hau-ab-Gesetz“. Seehofer hat sich an den Sozialdemokraten ein Beispiel genommen. Er taufte sein jüngstes Gesetz über erleichterte Abschiebungen nämlich das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Und orientierte sich dabei an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), die ihre jüngsten Gesetze „Gute-Kita-Gesetz“ und „Starke-Familien-Gesetz“ getauft hatte. Etikettenschwindel oder ein geschickter politischer Schachzug? Wie nachhaltig das Ganze ist, sieht man aber erst später.

Manche Bürger dürften auch eine Art Unbehagen darüber empfinden, dass Methoden aus der Werbung für Gesetzesnamen verwendet werden. Alleine entscheidet die Namensgebung aber nicht über unsere Meinung zu einem Gesetz, sie ist aber durch ihre Erstwirkung ein entscheidender Wegweiser.

Also ist Manipulation vorgeplant.

Das „Griff in leere Taschen-Gesetz“

Da gibt es jetzt die Neuregelung der Gewerbesteuerumlage, die unter dem Motto „Starke Heimat Hessen“ von der schwarz-grünen Landesregierung vorgestellt wurde. Diese Heimatumlage ist nichts anderes, als ein weiterer Griff in die leeren Taschen der chronisch unterfinanzierten hessischen Kommunen. Der Stadt Mörfelden-Walldorf fehlen dann jedes Jahr erneut ca. eine Million Euro.

Der Städtetag sieht in der neuen Heimatumlage eine ungerechte Umverteilung zu Lasten der Städte. Natürlich sollte man solche Gesetzesnamen wie

„Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz“

abschaffen. Aber nicht neue Namen erfinden, die den Menschen etwas vorgaukeln und das Gehirn vernebeln.

Lesenswert

Eine ermutigende Streitschrift des bekannten Kapitalismus- und Globalisierungskritikers! Leben wir mit dem Kapitalismus in der besten aller Welten?



Dass Jean Ziegler dieser Ansicht entschieden widerspricht, wissen seine Leser. Jetzt erklärt er seiner Enkeltochter Zohra und ihrer Generation, welchen unmenschlichen Preis wir für dieses System zahlen.

Wie in all seinen Analysen stellt sich Ziegler in unmissverständlicher Klarheit den Fragen von Zohra: Der Kapitalismus ist als „kannibalische Weltordnung“ unreformierbar. Und er zeigt sich überzeugt, dass dessen Abschaffung eine kraftvolle Utopie ist, an deren Verwirklichung bereits Millionen Menschen arbeiten und sich als breite Widerstandsfront formieren.

Jean Ziegler ist begeistert von den jungen Menschen als Vorkämpfer einer neuen Utopie. „Fridays for Future“ erhält von Woche zu Woche stärkeren Zulauf.

Ziegler freut sich über die Generation der Enkel, die momentan weltweit die politische Agenda mitbestimmt.

Kommentar

Wer hat's erfunden?

„SPD geht Verwaltung scharf an“ las man in der Dreieich-Zeitung.

Die SPD sei „überrascht, entsetzt, und zugleich verärgert“, las man im Freitags-Anzeiger.

Die Rede ist von den Folgen der Herabstufung des Walldorfer Badesees zur „Badestelle“.

Aber was für eine SPD ist das? Die neue SPD des neuen Vorsitzenden Baldur Schmitt? Oder die altbekannte Koalitionspartnerin der Neoliberalen?

Man reibt sich die Äuglein und fragt

sich mit dem kleinen Schweizer aus der Hustenbonbon-Werbung:

Ja - wer hat's erfunden?

Für ungläubige Leser muß man ganz deutlich festhalten: Niemand anderes als die Koalition aus SPD, Freien Wählern und FDP hat diese unglückselige Änderung der Verhältnisse am Badensee durchgedrückt. Gegen den Rat aller Oppositionsparteien. Gegen die berechtigten Einwände von Fachleuten und der IRBW.

Jetzt spielt SPD-Sprecher Alexander Best das doppelte Lottchen: In der Stadtverordnetenversammlung konnte er sich vor Süffisanz kaum lassen, als er der Opposition vorwarf, sie habe keine Ahnung. Und der glei-

che Alexander Best kann sich jetzt vor Entrüstung kaum lassen, und möchte der Verwaltung öffentlich die „A.“-Karte zuschieben. Dabei hat diese Verwaltung nichts anderes getan, als den von der SPD und ihren Freunden durchgepeitschten Beschluß durchzuführen.

Also wirklich - geht's noch? AJA

**Nur belehrt
von der Wirklichkeit,
können wir die
Wirklichkeit ändern.**

Bertolt Brecht

„Erst die Rückseite“

Wir erleben es seit Jahren beim „blickpunkt“-Verteilen: In Walldorf und in Mörfelden nehmen Bürgerinnen und Bürger den „blickpunkt“ entgegen, drehen ihn sofort um und sagen:

„Den habe ich noch nicht“ (Den honn isch noch net) oder „Den hatte merr schon im Briefkasde“ (Den hatten wir schon im Briefkasten).

Manchmal meinten unsere Verteiler, die Leute würden sich nur für die Stadtgeschichte auf der letzten Seite interessieren. War aber nicht so. Die meisten sagten: „Gut, dass es diese

kleine Zeitung gibt“! Darüber freuen wir uns. Die „Stadtgeschichte“ auf der letzten Seite im „blickpunkt“ ist schon immer die Geschichte der kleinen Leute in Mörfelden und Walldorf.

Aber man sagte uns auch oft: „Wo habt ihr nur die vielen Fotos her?“ und es gab auch schon viel Lob für die Bildunterschriften die ordentlich recherchiert sind und in denen immer die Hochachtung für die Menschen, die früher hier wirkten, zum Ausdruck kommt. Hier sei es noch mal vermerkt: Wir suchen immer alte Fotos von Mörfelden und Walldorf. Wir hoffen, wir bekommen weitere. Wir machen was Ordentliches damit.

Vielleicht freut unsere Leserinnen und Leser ja auch die folgende Mitteilung: Wir wollen für unsere „50 Jahre blickpunkt“-Feierlichkeiten einen Fotoband herausgeben, in dem eine gute Auswahl der vorhandenen Fotos abgebildet wird. Freuen Sie sich darauf. Das gibt doch ein tolles Weihnachtsgeschenk! Oder?

Geschreddert?

Die Stadtverordnetenfraktion DKP/Linke Liste fragte an:

Werden Akten zur Erweiterung und Erneuerung der Kläranlage Mörfelden vernichtet?

Dieser Tage wurden wir darauf hingewiesen, dass in der Kläranlage Mörfelden in letzter Zeit erhebliche Mengen Akten vernichtet worden seien.

Sollte dies zutreffen, wirft das im Zusammenhang mit dem Akteneinsichtsausschuss für uns dringende Fragen auf.

Deshalb fragen wir den Magistrat auf diesem Weg, ob zurzeit in größerem Umfang in der Kläranlage/bei den Stadtwerken Akten vernichtet werden - und wenn ja - um welche Akten es sich dabei handelt und werden Auftrag und/oder die Erlaubnis dazu erteilt hat?



Wie marode ist unser Trinkwassernetz?

Es sind ja nicht nur die großen und spektakulären Rohrbrüche, wie nacheinander an den beiden Enden des Gärtnerweges.

An vielen Stellen im Ort findet man Kleinbaustellen, wo Wasserleitungsrohre repariert und Schieber ausgetauscht werden. Und aus allen Ecken unserer Stadt: berichten Einwohner: Die Trinkwasserversorgung zerbröselst.

Es sind immer die gleichen Geschichten. Sie handeln von verrosteten Hauszuleitungs-Rohren, von unsachgemäß verlegten und deshalb lange vor ihrer „Lebenserwartung“ brechenden Kunststoffrohren. Sie

handeln davon, dass Schieber nicht gewartet werden und festfrosten, und von Problemen mit dem Bauunternehmen, das im Auftrag der Stadt die Reparaturen vornimmt. Und sie handeln vor allem von einem: Von hohen Geldbeträgen, die die Betroffenen für die Reparaturarbeiten bezahlen sollen. Rechnungen von dreitausend oder viertausend Euro sind keine Seltenheit.

Ein Versicherungsunternehmen hat schon die Marktlücke gewittert und bietet - gegen Zusatzprämie, versteht sich - die Übernahme von Kosten für die Reparatur von Wasserzuleitungen an. Glaubt man diesem Versicherer, ist es ein besonderes Risiko, in Mörfelden-Walldorf zu leben, denn die örtliche Wasserversorgungssatzung bürdet den Einwohnern wesentlich mehr Kostenbeteiligung auf, als in vielen Nachbarstädten wie z. B. Langen oder Groß-Gerau.

Hier bahnt sich offenbar ein Skandal an. Wie es scheint, hat die Stadtverwaltung (Stichwort: Schutzschirm) lange an der Wartung des Versorgungsnetzes gespart und Reparaturen mit billigen Materialien und mit geringer

Nachhaltigkeit durchgeführt. Viele Hausanschlüsse sind früher oder später davon betroffen. Und die geltende Versorgungssatzung erlaubt es, die Kosten der notwendig werdenden Reparaturen auf die betroffenen Hausbesitzer abzuwälzen. Das trifft dann auch Mieter.

Hier besteht Handlungsbedarf.



Ausgerutscht

Eine Leserin berichtete: Auf der Bahnhofstreppe in Mörfelden ist es momentan arg glitschig. Die Frau war um ein Haar böse gestürzt.

Wir wetten: Wenn da nicht regelmäßig gekehrt wird, gibt es bald Ärger!

Wir hoffen, auch die Verantwortlichen lesen diese Notiz und handeln.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Alle reden vom Klimawandel - die Fraport nicht

Aktuelle Meldungen. Fliegen ist eine ökologische Katastrophe, sagen Wissenschaftler.

Am Frankfurter Flughafen ist gerade ein neuer Tagesrekord erreicht worden. Am 30. Juni haben 241.228 Menschen den Flughafen genutzt und damit die bisherige Bestmarke von knapp 238.000 vom 29. Juli 2018 übertroffen.

Im letzten Jahr gab es bei unserem „guten Nachbarn“ Fraport 512.000 Flugbewegungen. Was wird mit dem Umland, wenn die 702.000 in der Planfeststellung genehmigten Flüge über Fraport abgewickelt werden.

Fraport will auch bei den Billigfliegern profitieren, rodet Wald und baut das Terminal 3.

Schon heute: Die Flughäfen und der Himmel sind überfüllt.

Viel zu eng getaktete Flugpläne sorgen für endlose Schlangen, überbuchte Flüge, zähe Kontrollen.

Millionen Gepäckstücke gehen jährlich verloren.

Für 9,99 Euro fliegt man von Stuttgart nach Venedig. Für 14,99 Euro von Düsseldorf nach Kopenhagen.

Bis zu 11.000 Flugzeuge bewegen sich täglich am deutschen Himmel

Fliegen ist heute wie Straßenbahnfahren, nur schlimmer. Bis zu 11.000 Flugzeuge bewegen sich täglich am deutschen Himmel. Der Flugverkehr explodiert, die Preise fallen. Ein Teufelskreis.

Die Zahl der Passagiere hat sich in 20 Jahren fast verdoppelt. Vor 20 Jahren waren 30% aller Reisen der Deutschen Flugreisen. Heute sind es 41%. Die Zahl der Passagiere an deutschen Airports hat sich in zwei Jahrzehnten fast verdoppelt - auf 244 Millionen pro Jahr.

Allein die Lufthansa fliegt bis zu 14 mal täglich von Frankfurt nach München. Flugzeit: knapp 50 Minuten. Der CO₂-Ausstoß pro Passagier: 227,4 Kilogramm. Dieselbe Strecke mit dem ICE: 17 Kilogramm. Selbst zwischen München und Nürnberg gibt es eine dauerhafte Flugverbindung. Luftlinie: 170 Kilometer.

Wer profitiert? Wer wird krank?

Genauer: Das sind Auswirkungen des heutigen Turbokapitalismus den es zu überwinden gilt, bevor er das Leben in dieser Welt endgültig zerstört.

Fliegen ist billig

Warum kostet ein Flugticket oft weniger als ein Bahnticket? Die Antwort ist: Weil es politisch gewollt ist. Der Staat verzichtet bei Auslandsflügen auf die Mehrwertsteuer, nicht aber beim Tanken und Bahnfahren. Eine Kerosinsteuer gibt es nicht, eine Mineralölsteuer sehr wohl.

Kommunen umgarnen Fluggesellschaften mit Fördergeld und Gebührenbefreiung und halten aktiv selbst sinnlose Flughäfen wie Kassel-Calden am Leben.

Da wo es in Kommunen im Flughafenumland Proteste gibt, wurden die Transparente abgehängt. Hoffentlich gibt es bei einem neuen Bürgermeister in unserer Flughafenrainergemeinde bald eine Neuorientierung.

Wieviel Platz gibt es noch

Der Flugverkehr legt jährlich im Schnitt um fünf Prozent zu. 2035 werden sich rund 40.000 Flugzeuge den Luftraum teilen - doppelt so viele wie heute. Doch wieviel Platz verträgt der Himmel über uns?

Die Zahl der Zwischenfälle im Flugverkehr ist einem Zeitungsbericht zufolge auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Es habe unter anderem eine deutliche Zunahme bei Beinahe-Zusammenstößen („Near Miss“) gegeben, also der kritischen Annäherung zweier Flugzeuge. Ihre Zahl stieg von 163 im Jahr 2013 auf 208 in 2014. Den Angaben zufolge verzeichnete das Luftfahrtbundesamt im Jahr insgesamt 2483 Zwischenfälle über den Wolken. Im Jahr 2010 waren es lediglich 1497 gemeldete Störungen. Noch Fragen?

Wir bedanken uns für Hinweise und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

Stadtgeschichten



Die Wasserversorgung der Bevölkerung war schon seit der Entstehung von Siedlungen, Ortschaften und Städten eine wichtige Aufgabe. Auch in der Waldensergemeinde gab es schon bald nachdem die ersten Häuser errichtet waren, zwischen 1740 und 1760 zwei Brunnen in der Langstraße, aus denen die Bürger Wasser schöpfen konnten. In der Zeit von 1700 bis in die 1920er Jahre gab es acht gemeindeeigene Brunnen und zwar fünf davon in der Langstraße und drei in der Ludwigstraße. Viele Bürger bauten sich auch in ihren eigenen Gehöften Brunnen, rund gemauert aus roten Bruch-Sandsteinen und mit Holzbohlen abgedeckt. Darüber befand sich ein hölzerner Pumpenstock mit Schwengel. 

Am 19. April 1926 beschloss der Gemeinderat von Walldorf den Bau einer eigenen Wasserleitung. Etwa 15 bis 20 Kilometer Rohre mussten verlegt und an die Häuser angeschlossen werden. Gegenüber dem Ecktännchen entstanden der erste Tiefbrunnen sowie die erste Pumpstation. Um dem Wasser den nötigen Druck zu verleihen, musste 1927 am Treburer Oberwald, unweit der Jourdanallee, wo damals kaum Häuser standen, ein 35 Meter hoher Wasserturm mit einem Fassungsvermögen von 100 Kubikmetern errichtet werden. Größere Einwohnerzahl und höherer Wasserverbrauch erforderten stärkere Pumpen und neue Tiefbehälter in einem neuen Wasserwerk, das gegenüber der Farmstraße nach dem 2. Weltkrieg errichtet wurde. Der Wasserturm hatte 1965 ausgedient und wurde, was heute kaum möglich wäre, abgerissen. Anders verlief es in Mörfelden. Auch dort dachte die SPD im Rathaus an den Abriss des Wasserturms, was jedoch durch eine Anti-Abrisskampagne der örtlichen DKP verhindert werden konnte. Auf dem kleinen Foto ist der Walldorfer Wasserturm zu sehen und das große Bild zeigt den späteren Bürgermeister Walldorfs Wilhelm Jourdan oben auf dem Turm, im Gespräch mit dem Leiter des Wasserwerks Otto Pons. Ob sie über die Sanierung des Turmes gesprochen haben oder über den Abriss, ist nicht überliefert.

(Infos aus der Walldorfer Chronik)

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Irish Folk Session

Mittwoch, 7. August - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Christian Wirmer spielt „Leonce und Lena“ von Büchner

Samstag, 10. August - 20 Uhr - Eintritt: € 10,-/8,-
VVK: KuBa und Buchhandlung Giebel, Walldorf

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 15. August - 20 Uhr - Eintritt frei

Ich bin ein Migrant.

Ein Abend mit Gabriele Kentrup

Samstag, 17. August - 20 Uhr - Eintritt: € 10,-/8,-
VVK: KuBa und Buchhandlung Giebel, Walldorf

Spielleabend

Dienstag, 20. August - 20 Uhr - Eintritt frei

Bal Folk Session

Mittwoch, 28. August - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser!

Freitag, 30. August - 18 Uhr - Essen 10 €
(mit Stadtpass frei)

Konzert: Bestb4 (deutschsprachiger Indie-Rock)

Samstag, 31. August - 20:30 Uhr - Eintritt: € 10,-/8,-
VVK: KuBa und Buchhandlung Giebel, Walldorf

Unser Lexikon

Schbrisch

Robb emool em
naggische Hinkel
e Ferrer aus.